

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1975**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Saarland

**„Liberales Ziele an der Saar“**  
**- Kurzfassung -**

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag  
in Saarbrücken am 12. Januar 1975)

## Liberales Ziele an der Saar

Der Landesparteitag möge folgendes Programm der F.D.P. Saar für den Zeitraum 1975 bis 1980 beschließen (Kurzfassung):

### I.

#### Wirtschaftspolitik

Unsere wirtschaftliche Zukunft kann nur durch unbeirrtes Festhalten an einer freien, sozialverpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung gesichert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für eine entschlosseneren Strukturpolitik an der Saar, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern, neue hochwertige Arbeitsplätze, auch für Frauen, zu schaffen, um die Gefahr künftiger Arbeitslosigkeit nachhaltig zu beseitigen, der Abwanderung von Arbeitskräften entgegenzuwirken und das unterdurchschnittliche Einkommensniveau an der Saar zu steigern,
- für die zügige Verwirklichung der bisher vernachlässigten Raumplanung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Strukturpolitik,
- für ein wissenschaftlich-technisches Landesforschungsprogramm, das die im Saarland vorhandenen Kapazitäten zusammenfassend nutzt und die Voraussetzungen für eine angemessene Beteiligung des Saarlandes an den Zukunftsentwicklungen in der Bundesrepublik schafft,
- für eine Mitbestimmungsregelung, die alle Arbeitnehmervertreter einer unmittelbaren Wahl durch die Belegschaft unterwirft, eine Fremdbestimmung durch betriebsferne Gewerkschaftszentralen ausschließt und auch die führenden, qualifizierten Mitarbeiter der großen Unternehmen an den Entscheidungen des Aufsichtsrats beteiligt.

### II.

#### Mittelstandspolitik

Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit sind keine selbstverständlichen Ergebnisse

eines abstrakten ökonomischen Modells. Sie beruhen wesentlich auch auf der Initiative, dem Leistungswillen und der Verantwortungsbereitschaft der selbständig Tätigen in unserem Lande. Im Rahmen einer modernen Mittelstandspolitik wird sich die F.D.P. einsetzen

- für die Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe, wobei der Bereitstellung von Anpassungshilfen bei strukturellen Schwierigkeiten besondere Bedeutung zukommt,
- für Maßnahmen, die allen Betriebsgrößen gleiche Bedingungen für Start, Entwicklung und strukturelle Umstellungen gewährleisten,
- für strukturpolitische und raumordnerische Maßnahmen des Landes, die bei der Gründung neuer Großverkaufsstätten verhindern, daß die Verteilerfunktion des Einzelhandels reduziert wird und eine optimale Verbraucherversorgung nicht mehr gewährleistet ist,
- für die Schaffung einer Altenhilfe für Selbständige, die unverschuldet in Not geraten sind.

### III.

#### Verbraucherpolitik

Die Forderung der F.D.P. nach Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung stärkt die Position des Verbrauchers, da ein funktionierender Wettbewerb unter den Anbietern den Verbrauchern am besten dient. Der Verbraucherschutz muß jedoch durch gezielte Maßnahmen des Staates ergänzt werden. Die F.D.P. wird sich daher einsetzen

- für verstärkte Verbraucheraufklärung und strikte Einhaltung des Lebensmittelgesetzes auch im Saarland,
- für eine Einschränkung der Werbung für Arzneimittel und Genußgifte,
- für eine Liberalisierung der Ladenschlußgesetzgebung.

### IV.

#### Agrarpolitik

Die Landwirtschaft sichert die Versorgung der Verbraucher mit hochwertigen Nahrungsmitteln in ausreichendem Umfang und erhält die Kulturlandschaft durch aktive Nutzung. Zusammen mit der wirtschaftlichen Nutzung der Waldbestände durch die Forstwirtschaft ist die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil in unserem Wirtschafts- und Sozialgefüge. Die Agrarpolitik der F.D.P. ist auf das Wohl der Menschen im ländlichen Raum ausgerichtet.

Um dies zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für die Zurückstellung der kostspieligen Flurbereinigung zugunsten einer beschleunigten Zusammenlegung,
- für die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Voll-Erwerbsbetriebe durch das Ertl-Programm, das die Landwirte am wirtschaftlichen Gesamtwachstum teilhaben läßt; hierzu gehören auch Landeshilfen;
- für die Förderung der Zu- und Nebenerwerbslandwirte durch soziale Ergänzungsmaßnahmen wie Dynamisierung der Altershilfe, landwirtschaftliche Krankenversicherung, Landabgabepremie und Landabgabenrente,
- für die Erleichterung des Berufswechsels ohne Härten und mit geregelter Altersversorgung.

### V.

#### Gesundheitspolitik

Das rechtsstaatliche Bekenntnis zum Vorrang der Freiheit der Person bedeutet nach Auffassung der F.D.P. auch in der Gesundheitspolitik, daß jeder Bürger für die Gestaltung seines eigenen Lebens zunächst selbst verantwortlich ist.

Wo aber der einzelne nicht in der Lage ist, für seine Gesundheit zu sorgen, ist die Gemeinschaft verpflichtet, die Gesundheitssicherung soweit wie möglich zu verwirklichen. Um dies zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für die Stärkung der individuellen Eigenverantwortung durch bessere Gesundheitsaufklärung und Gesundheits-erziehung,
- für die Erhaltung einer dezentralen, frei gestalteten ärztlichen Versorgung, die in

ländlichen Gebieten und Stadtrandsbezirken u. a. durch Praxisgemeinschaften, Gruppenpraxen und Praxiskliniken nach einem für das Saarland zu erstellenden ärztlichen Bedarfsplan verbessert werden muß,

- für die Erweiterung des Katalogs der Vorsorgeuntersuchungen auf Kreislauferkrankungen und Bronchialkarzino- me,
- für den Aufbau von Notfalldienstzentralen, die die ambulante ärztliche Versorgung auch an Wochenenden und Feiertagen im gesamten Saarland gewährleisten; dazu gehört auch die Bereitstellung von Funkfrequenzen für Ärzte;
- für den Ausbau der Krankenhäuser zu modernen, auf die jeweils zweckmäßige Versorgung der akut und chronisch Kranken und der pflegebedürftigen alten Menschen ausgerichteten Einrichtungen;
- die Inanspruchnahme von gesondert zu zahlenden Wahlleistungen und die freie Wahl des Arztes müssen gesichert bleiben.

## VI.

### Sozialpolitik

Die sozial-liberale Koalition hat seit 1969 den sozialen Rechtsstaat entscheidend weiterentwickelt. Die Sozialpolitik im Saarland muß daher konkrete Politik für die sozial Schwächeren sein, die vor allem die Aufgabe hat, die Gesetzgebung des Bundes und die Maßnahmen der Bundesregierung zu ergänzen. Familie und Jugend sind besonders zu fördern.

Um dies zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für den weiteren Ausbau aller Hilfsmöglichkeiten, wobei der Hilfe zur Selbsthilfe, der nachbarschaftlichen Solidarität und der individuellen Betreuung der Vorrang gebührt;
- für den Ausbau der Altenhilfe,
- für den Aufbau von Sozialstationen,
- für die Errichtung von Rehabilitationsstätten für Behinderte,
- für familiengerechten Wohnungsbau,
- für die Förderung von Müttergenesungseinrichtungen,

- für die Förderung der Jugendpflege,
- für einen regelmäßigen, umfassenden Landessozialbericht, der die Lage sozial benachteiligter Minderheiten, vor allem der Alten, Behinderten und Kranken, deutlich macht.

## VII.

### Umweltpolitik

Eine gesunde Umwelt ist die unverzichtbare Grundlage unseres Lebens und Arbeitens von morgen. Sie kann nur durch vorausschauende Raumordnung gewährleistet werden.

Um eine gesunde Umwelt zu sichern, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für aktive Maßnahmen des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung anstatt der bisherigen CDU-Politik des Abwartens und Reagierens

auf längst erkannte Mißstände;

- für eine langfristige Planung auf den Gebieten der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und der Abfallbeseitigung,
- für einen auf Bundesebene abgestimmten Standortplan für Kraftwerke, der die oekologisch ermittelten Belastbarkeitsgrenzen berücksichtigt,
- für eine überregionale Raumordnungsplanung im Saar-Lor-Lux-Raum,
- für eine Entzerrung der Ballungszentren durch Neuansiedlung geeigneter Industrien in zentralen Orten strukturschwacher Räume,
- für die Vollkompetenz des Bundes auf allen Gebieten des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege.



**Bis der Erstickungstod  
uns scheidet**

Klaus Staeck

## VIII. Verkehrspolitik

Das Ziel der Verkehrsplanung, die Mobilität der Bürger zu sichern und zu verbessern, muß berücksichtigen, daß unsere Städte und Gemeinden nicht unnötig und unzumutbar beeinträchtigt werden. Verkehrspolitik hat daher vor allem zwei vorrangige Ziele:

Verbesserung der Verkehrsverbindungen und Schaffung von menschengerechten Städten und Gemeinden an der Saar.

Um dies zu verwirklichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs im Kernbereich unserer Städte vor dem Individualverkehr;
- für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu leistungsfähigen Nahverkehrssystemen, die vor allem günstige Verkehrsbedingungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz schaffen, also ausreichendes Angebot an Plätzen, kurze Zug- bzw. Busfolge, möglichst viele Haltestellen, bessere Ausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel, einheitliche Tarife, aufeinander abgestimmte Fahrpläne

bei mehreren Verkehrsunternehmen, Steigerung der Reisegeschwindigkeit;

- für die Schaffung von ausreichendem Parkraum an den Rändern der Ballungsgebiete, um das Umsteigen vom Individualverkehr in öffentliche Nahverkehrsmittel zu ermöglichen;
- für eine Befreiung des Kernbereichs unserer Städte vom Individualverkehr und Schaffung von Fußgängerzonen;
- für bauliche und verkehrsordnende Maßnahmen, um Wohn- und Erholungsgebiete soweit wie möglich vom Durchgangsverkehr freizuhalten;
- für eine Entzerrung der Verkehrsspitzen durch zeitliche Staffelung von Schulanfang und -ende, Ladenschlußzeiten, Arbeitszeit in Büros und Betrieben usw.;
- für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, wobei der Verkehrserziehung eine wichtige Bedeutung zukommt.

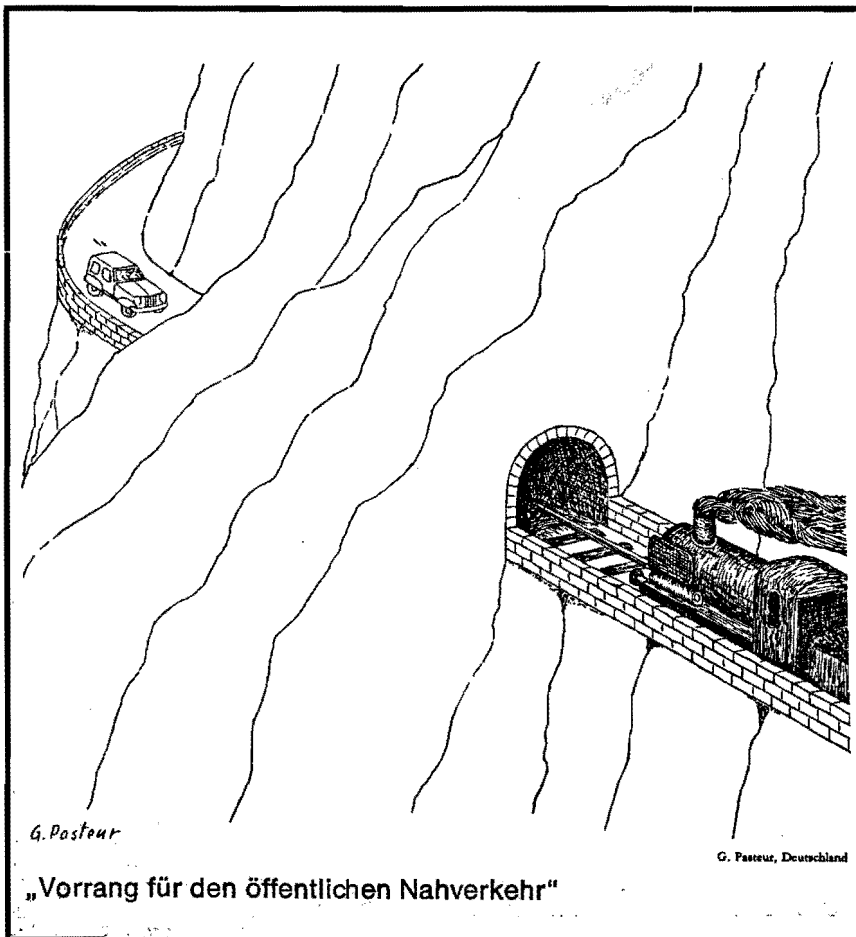
## IX. Bildungspolitik

Die F.D.P. mißt der Bildungspolitik herausragende Bedeutung

zu. Leitgedanke dabei ist, Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit für jeden einzelnen zu erweitern. Jahrzehntelange Versäumnisse der CVP/CDU, das Festhalten an konfessionellen Zwergschulen und der verspätete Ausbau des berufsbildenden Schulwesens haben im Saarland einen Nachholbedarf an Bildung und Ausbildung entstehen lassen.

Um eine wirksame Bildungspolitik zu gewährleisten, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für bessere Vorschuleinrichtungen mit kleineren Gruppen und mehr pädagogisch geschulten Lehrkräften,
- für die Schaffung von Modelleinrichtungen, die das Recht behinderter Kinder auf Eingliederung in das „normale“ Gemeinschaftsleben ab dem Vorschulalter verwirklichen,
- für die Stärkung der Schule als Lernort (Eltern sind keine Hilfslehrer),
- für die verstärkte Einführung berufsorientierter Lehrstoffe in den Unterricht allgemeinbildender Schulen,
- für Schulabschlüsse auch mit beruflichen Schwerpunkten und fachgebundener Hochschulreife in der „offenen Schule“,
- für vermehrte Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten in Verbindung mit den berufsständischen Organisationen, um die Berufsausbildung der Jugendlichen unabhängig von Konjunkturschwankungen sicherzustellen,
- für die Schaffung einer mobilen Lehrerreserve,
- für Fernstudien im Medienverbund,
- für die Einführung der offenen Hochschule als liberale Form einer leistungsfähigen integrierten Gesamthochschule,
- für Ausbau und bessere Nutzung von Weiterbildungseinrichtungen,
- für die sofortige Änderung der Schulmitbestimmungsregelungen im Sinne einer vernünftigen Begrenzung auf wenige entscheidungsbefugte Konferenzen oder Ausschüsse auf allen Ebenen.



G. Pasteur

G. Pasteur, Deutschland

„Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr“

## X.

### Sportförderung

Sport ist Sache der Gesellschaft als Element der Freizeitgestaltung wie als Mittel der Gesundheitsförderung. Sport schafft Lebensfreude, trägt zur gesellschaftlichen Integration bei und lehrt faires soziales Verhalten. Die F.D.P. wird sich bei der Sportförderung einsetzen

- für eine stärkere Mitbestimmung der Sportler und Vereine bei Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand,
- für die umfassende Förderung des Breitensports einschließlich des Schulsports und Versehrtenports sowie die Integrierung des Spitzensports in den Breitensport, wobei professioneller Sport nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden darf,
- für eine Stärkung der zentralen Aufgabe des freien und unabhängigen Sportvereins.

## XI.

### Finanzpolitik und Behördenorganisation

Die Aufgaben, die der Staat in steigendem Maße für seine Bürger erfüllen muß, sind nur zu verwirklichen, wenn die Bürger selbst im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu einem angemessenen Beitrag bereit sind und die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand gestärkt wird.

Um diese Ziele zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem,
- für einen Abbau der wohlfeilen Gefälligkeitsdemokratie, wie sie von CDU und SPD praktiziert wird,
- für größere Sparsamkeit der öffentlichen Hand auf allen Ebenen,
- für mehr Leistungsprinzip in der öffentlichen Verwaltung.

## XII.

### Innere Sicherheit

Sicherheitspolitik in Bund und Ländern hat sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft zu orientieren. Besondere Bedeutung kommt der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung zu.

Um eine wirksame Verbrechensbekämpfung zu gewährleisten, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für Maßnahmen zur Erhö-

## Gute Noten für Wirtschaftspolitik

Es ist schon eine merkwürdige Situation: Auf dem grade in diesem Winter so wichtigen Gebiet der Wirtschaftspolitik wird die Bundesregierung an allen Ecken und Kanten kritisiert. Das sieht sofort anders aus, sobald man den Blick ins Ausland wendet: Wo auch immer man hinkommen mag, wird der Bundesregierung draußen das Zeugnis ausgestellt, sie habe es bisher glänzend verstanden, alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern. — Selbst in den USA war man dieser Tage neugierig, vom Bundeskanzler das Rezept zu erfahren, nach dem er — aus amerikanischer Sicht jedenfalls — so gut durch alle Schwierigkeiten steuert. Die Arbeitslosigkeit beispielsweise ist in den USA prozentual beträchtlich höher als in der Bundesrepublik. Die Rate der Preissteigerungen ist gut doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. — Was speziell die Lebensmittelpreise angeht, hat das US-Landwirtschaftsministerium — gerade zeitgerecht zum Schmidt-Besuch — festgestellt, sie lägen in den USA im Vergleich zum Herbst 1973 um 11,2 Prozent höher, in der Bundesrepublik dagegen seien sie lediglich um 3,8 Prozent gestiegen — womit Bonn übrigens an unterster Stelle der Skala steht. — Nicht anders sieht es bei der Streikbilanz aus: Eine Zusammenstellung der Jahre 1971-73 ergibt, daß in den USA pro 1 000 Arbeitnehmer 1 374 Arbeitstage durch Streik verloren gingen, in der Bundesrepublik dagegen lediglich 228. — Das alles hat in den USA dazu geführt, daß man die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik nach allen Seiten durchleuchtet, um für den eigenen Gebrauch Nutzen daraus zu ziehen. In Bonn dagegen muß sich die Bundesregierung wegen dieser Politik unentwegt Kritik anhören. — Bekanntlich gilt der Prophet nichts in seinem Vaterlande.

Gerwin Borte

hung der Effektivität des Polizeieinsatzes und für eine erhöhte Präsenz, z. B. bei Verkehrsschwerpunkten;

- für eine bessere Ausstattung aller Stellen, die auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und der Verbrechensbekämpfung tätig sind;
- für eine Erhöhung des Ausbildungsstandes und eine verbesserte Durchlässigkeit der Laufbahngruppen nach dem Leistungsprinzip;
- für eine attraktive Gestaltung des Berufsbildes der Polizei und die Verbesserung von Aufstiegsmöglichkeiten;
- für die Verbesserung der Arbeits- und Aufenthaltsräume auf den Revierwachen sowie der Ausrüstung mit technischen Mitteln;
- für den Ausbau und die Koordinierung kriminologischer Ursachenforschung zwischen dem Bundeskriminalamt und den Ländern.

## XIII.

### Gemeindeverfassungsrecht

Die saarländische Kommunalreform muß weiterentwickelt wer-

den, um Staatsverdrossenheit und Resignation zu überwinden, aber auch um die Kommunalpolitik wieder stärker unmittelbar in der Bürgerschaft zu verankern.

Um dies zu erreichen, wird sich die F.D.P. einsetzen

- für die Volkswahl des Bürgermeisters,
- für verstärkte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an der örtlichen Kommunalpolitik,
- für eine Verminderung der Staatsaufsicht und eine Verbesserung der gemeindlichen Finanzausstattung.

### F.D.P. - INFORMATIONSDIENST

Herausgeber: Freie Demokratische Partei / Demokratische Partei Saar, 66 Saarbrücken, Eisenbahnstraße 70, Telefon (06 81) 538 40. — Redaktion: Landesgeschäftsführer Günter Scheuer. — Verantwortlich für DJD-Nachrichten: Horst Block; Saarbrücken, Daimlerstraße 15, Telefon (06 81) 3 54 44. — Die mit Namen der Verfasser gezeichneten Artikel sind Diskussionsbeiträge und decken sich nicht in jedem Falle mit der Meinung des Herausgebers. — Bezugspreise: Einzelpreis 1,- DM, im Abonnement halbjährl. 5,- DM. Bei Mitgliedern der F.D.P., die einen Monatsbeitrag von 3,- DM (in Sozialfällen 2,- DM) zahlen, ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag einbegriffen. — Druck und Versand: Buchdruckerei und Verlag Edwin Hügel, 6652 Bexbach, Bahnhofstraße 34, Tel. (0 68 26) 44 21. Zur Zeit ist Anzeigenliste Nr. 3 gültig. — Beitrags- u. Spendenkonto für den F.D.P.-Informationdienst Stadtparkasse Saarbrücken 56 103.